

Dokumentation

Treffen von Menschen mit Armutserfahrung am 24. Juli 2024

Mir fehlen die Worte! Armut besprechbar machen.

Mit fast 100 Experten in eigener Sache wurde diskutiert, warum Armut sichtbar oder unsichtbar ist, wie Worte gefunden werden können, um Armut zu besprechen.

Begonnen wurde mit dem Improtheater „Lauter“ aus Köln, die dazu beitrugen, dass die Motivationshymne für den Tag „Brötchen, Gemeinsam, Solidarisch“ gefunden wurde.

In den anschließenden Arbeitsgruppen wurde dann wieder ernsthaft zu unterschiedlichen Themen gearbeitet. Die anwesenden Vertreter*innen von Ministerien, Jobcentern und Einrichtungen nahmen die Möglichkeit zum Dialog wahr und sorgen ebenfalls dafür, dass die verschiedenen Perspektiven auf die einzelnen Aspekte von Armut besprechbar wurden.

Die Ergebnisse der einzelnen Arbeitsgruppen können nicht in Gänze wiedergegeben werden. Die folgende schriftliche Zusammenfassung bzw. Bilddokumentationen dienen der Erinnerung der Teilnehmenden.

1. Abwertung armer Menschen – Umgang mit Abwertung und Hass (Moderation: Cristina Varela und Heike Moerland)

Was muss passieren?

Wir wünschen uns von der Politik einen würdigen Sprachgebrauch. Politisches Framing, das Menschen in Armut abwertet, ist gegen die Menschenwürde und daher zu unterlassen. **Journalisten, Politiker, Jobcenter- und andere Ämtermitarbeiter über die Langzeit-Auswirkungen von ihren Worten, Verhalten und subtilen Abwertungsverhalten auf die Betroffenen schulen und Konsequenz aufzeigen, die dieses Verhalten für sie haben kann, wie: Eintrag in der persönlichen Akte, Abmahnung, rechtliche Konsequenzen in Privatrechtsverfahren gegen sie, die Betroffenen anstreben dürfen.**

Wir wünschen uns eine viel stärkere Aufklärung über Armutsursachen, das Leben in Armut und Armutsfolgen. Dies gilt für Schulen, aber genauso für Mitarbeitende von beispielsweise Behörden, **Polizei** oder Gerichten. Klassismus muss als Diskriminierungsform bekannt sein und anerkannt werden!

Wir wünschen uns, dass die Polizei die Anzeigen von Betroffenen (insbesondere von obdachlosen, drogenabhängigen Betroffenen und anderen Randgruppen) mit besonderem Respekt und Feingefühl betrachten und konsequent verfolgen und dass die Gerichten Strafanzeigen Betroffener nicht reihenweise einstellen oder auf den Rücken und Kosten der Betroffenen auf dem privaten Klageweg aufladen. Diese Randgruppen sind besonders benachteiligt und Alltagshassattacken schutzlos ausgeliefert

Was erleben wir?

Wir erleben Abwertung durch die Politik, z.B. in der derzeitigen Debatte ums Bürgergeld. Wir sehen, dass Menschen in Notfallsituationen besonders verletzlich / vulnerabel sind.

Freie Wohlfahrtspflege NRW

Wir haben erlebt, dass Anwält*innen das Mandat ablehnen, wenn sie erfahren, dass jemand Sozialleistungen bezieht. Wir haben Aussagen erfahren wie z.B.: „Mütter, die Sozialleistungen beziehen, können keine Kinder erziehen.“ Kinder in Kita oder Schule erleben Ausgrenzung aufgrund von Armut. Ein*e Teilnehmer*in berichtet: „Als Kind habe ich gemerkt, dass andere auf mich herabschauen. Das hinterlässt Spuren.“ Aktivist*innen schildern folgende Erfahrung: „Wenn ich aktiv werde und oute, dass ich arm bin, werde ich auf ‚Armut‘ reduziert und nur noch darauf angesprochen.“

Wie reagieren wir auf Abwertung?

Jede*r reagiert anders. Manche ziehen sich zurück oder verstecken sich, andere werden aktiv. Wir haben Respekt vor der individuellen Verhaltensweise jeder*s einzelnen!

Es ist zu differenzieren: wie reagiere ich, wenn ich angegriffen werde? Und wie reagiere ich, wenn andere angegriffen oder abgewertet werden? Die Reaktionen können sich durchaus unterscheiden.

Diejenigen von uns, die sich gegen Armut engagieren, machen es für sich, aber auch für die, die sich nicht wehren können. Sich zu engagieren ist anspruchsvoll, das können nicht alle. Wir möchten aber verschiedene Möglichkeiten aufzeigen, was man tun kann.

Wenn wir Kontra geben gegen eine abwertende Aussage oder Handlung oder wenn wir uns gegen Armut engagieren, kostet es uns extrem viel Kraft! Auch deshalb sagen einige von uns, dass sie sich selten aus der Deckung begeben. Aber viele von uns sagen: „Ich verstecke mich und meine Armut nicht! Darum bin ich auch hier!“ Auch diejenigen von uns, die psychische Erkrankungen haben, möchten sich einsetzen, so oft und solange sie es können.

Wir müssen uns frei von Scham und Schuld machen und uns bewusst sein: jede*r Einzelne von uns ist nicht das Problem, sondern wir leben in einer Gesellschaft, die Armut zulässt.

Wie können wir politisch aktiv werden?

- Abgeordnetensprechstunden nutzen
- Politiker*innen zu Weihnachten einladen (privat oder als Armutsgruppe)
- Bei öffentlichen Sommerfesten der Parteien o.ä. vorbereitete Plakate mit unseren Forderungen hochhalten
- T-Shirt mit eigenem Slogan bedrucken und möglichst oft anziehen
- Öffentlichen Raum für Protest mit 1-2 Personen nutzen (nicht mehr, sonst Versammlung)
- **Kanal auf YouTube oder Ähnliches aufbauen und organisieren in den regelmäßig positiven Nachrichten von Armutsbetroffenen, als Gegengewicht zu der aktuellen Berichterstattung zu den Armutsbetroffenen, öffentlich gemacht werden.**

Weitere Möglichkeiten, aktiv zu werden:

Wir können uns gegenseitig stützen, z.B. indem wir uns gegenseitig an unseren Erfahrungen und Kenntnissen teilhaben lassen, beispielsweise zum Thema Klassismus (wissenschaftliches Konzept zu Abwertung aufgrund von Armut). Es ist gut, jemanden zu

haben, mit dem/der wir unsere Erfahrungen austauschen können. Es ist wichtig, dass wir uns bewusst machen, dass unser Nachteil zwar ist, dass wir kein Geld haben, ansonsten sind wir aber so vielfältig und bunt wie alle anderen Menschen auch.

Eine Möglichkeit der Abwehr ist, nicht alles an sich heranzulassen und/oder auf sich zu beziehen. Wir können uns kurze Sätze zurechtlegen und einüben, die wir in einer abwertenden Situation anwenden, wie z.B.: „Ich bin zwar arm, aber nicht dumm!“ oder auf die Aussage „Du Opfer!“ kontern mit „Du Täter!“. Wir können die Möglichkeit nutzen, Bilder sperren zu lassen, wenn wir uns von Presse oder Politik ausgenutzt fühlen (Recht am eigenen Bild).

“Werkzeugkasten” mit einfachen und effektiven Maßnahmen (Worten, psychologischen und mentale Techniken, juristischen Ratschlägen, ...) die jeder Mensch leicht umsetzen kann

Wir können uns an unterschiedliche Stellen und Organisationen wenden, wenn wir Gesprächsbedarf haben. Im Sozialcafé treffen wir Menschen, die ähnliche Erfahrungen machen wie wir. Wir können uns z.B. an Sozialarbeiter*innen in Beratungsstellen wenden oder bestimmte Hilfetelphone anrufen, wie Telefonseelsorge, Frauentelefon o.ä.

Weitere Möglichkeiten sind:

- Selbsthilfegruppe gründen
- Im privaten Bereich / im Freundeskreis über Ursachen und Folgen von Armut aufklären.
- **Forschungsergebnisse zum Thema Armut, Obdachlosigkeit in einfach verständliche Sprache veröffentlichen, damit neue Erkenntnisse ohne großen Energie- und Zeitaufwand verstanden und somit umgesetzt werden können. Obdachlose Personen haben einen harten Alltag und sind mit ihrem “Überleben” beschäftigt. Sie haben deshalb wenig Kraft übrig für etwas anderes**
- Gegendarstellungen oder Kommentare zu abwertenden Presse- bzw. Medienberichten schreiben. Beleidigungen und Hasskommentare anzeigen. HateAid <https://hateaid.org/> bei Hass im Internet kontaktieren. Diese Organisation hilft konkret weiter. **Für arme Menschen die online beleidigt werden, gibt es eine Pdf mit dem Titel “Wetterfest gegen Hassreden” mit wertvollen Ratschlägen.** In geeigneten Fällen gerichtlich gegen Abwertung vorgehen. Auf der anderen Seite positive Kommentare verstärken.
- **Für unkomplizierte Finanzierungsmöglichkeiten von Gerichts- und Anwaltskosten sorgen, die aktuellen sind zu aufwendig zu beantragen und werden von Anwälten nicht akzeptiert. Sie müssen bei negativer Gerichtsentscheidung noch vier Jahre danach von den Betroffenen zurückerstattet werden, wenn man wieder Arbeit hat und ein bisschen Geld verdient wird.**

- Gesprächstechniken lernen und sie im Gespräch mit dem Jobcenter anwenden. Entspannungstechniken lernen, um nicht alles an sich heranzulassen. Methoden zur inneren Stärkung lernen.
- Rollenspiele zu klassischen Situationen einüben, um gezielt reagieren zu können. Rhetorikkurse machen, um Schlagfertigkeit zu trainieren.
- Kinder sensibilisieren

2. Teilhabe am Leben gestalten – trotz Armut (Moderation: Bettina Rudas und Thorsten Prinz)

Begonnen wurde mit dem Austausch über die Vielschichtigkeit und die individuelle Sicht auf Teilhabe. Festgestellt wurde, dass Teilhabe für jeden etwas anderes bedeutet. Dementsprechend komplex sind die Kriterien der Einzelnen, was Teilhabe ausmacht. Übereinstimmend wird festgestellt, dass Teilhabe existenziell ist, denn keine Teilhabe bedeutet Isolation!
Fehlende Teilhabe ist selten komplett freigewählt, sie braucht ggf. „individuelle Sprungbretter“.

Der Bürgergeld-Bezug verursacht viele Hürden für Teilhabe durch z. B.

- Höhe des Regelsatzes und die Pauschalierung verhindert z.B. Mobilität
- Beweispflicht beim Postempfang
- Regeln zur Ortsabwesenheit
- unzureichende Zugänge zum Jobcenter
- fehlende einfache Sprache

Es braucht jedoch mehr als Geld für eine gleichberechtigte Teilhabe. Es braucht Solidarität, Begegnung, Verständnis.

Hilfreich und umsetzbar sind:

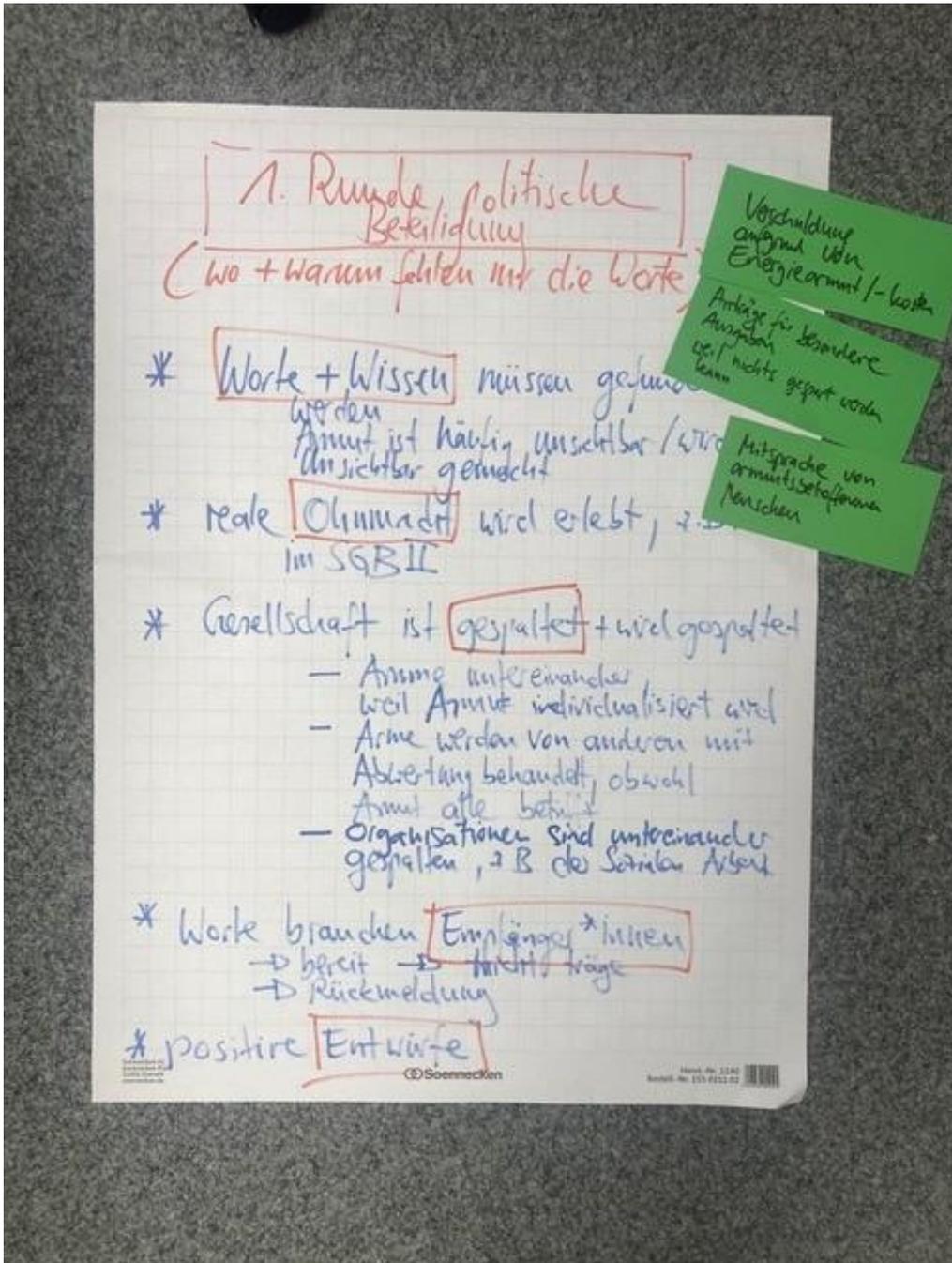
- D-Ticket automatisch für Leistungsberechtigte (Bürgergeld, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, Asylbewerberleistungsberechtigte)
- deutschlandweiter Kultur-/Freizeitpass für Leistungsberechtigte (Bürgergeld, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, Asylbewerberleistungsberechtigte) Geringverdienenden zahlen nach Einkommen gestaffelt einen bestimmten Preis für den Pass und bekommen einen kleineren Rabatt. Kultur- und Freizeitanbieter im gesamten Bundesgebiet können dieser geförderten Initiative beitreten.
- flächendeckende Quartiersarbeit, auch im ländlichen Raum, mit thematischen Sprechstunden und unterstützt von Jobcentern, Ärzten, Beratungsstellen usw.

Freie Wohlfahrtspflege NRW

3. Politische Teilhabe – was bewirkt und wie funktioniert sie? Was brauchen wir dafür?

(Moderation: Reinhold Zalbertus und Christoph Gille)

Das erste Foto fasst die Diskussion zu den Fragen „**Wo und warum fehlen mir die Worte für politische Beteiligung?**“ zusammen.



Freie Wohlfahrtspflege NRW

Die beiden ersten grünen Karten „Verschuldung aufgrund von Energiearmut“ und Anträge bei besonderen Ausgaben, weil nichts angespart werden kann, können an diesem Tag nicht weiterbearbeitet werden, sondern kommen in den Themenspeicher. Die dritte grüne Karte, die die Mitsprache von Armutsbetroffenen betrifft, wird in der zweiten Arbeitsrunde aufgegriffen und ist im folgenden Fotodokument enthalten und beantwortet die Frage:

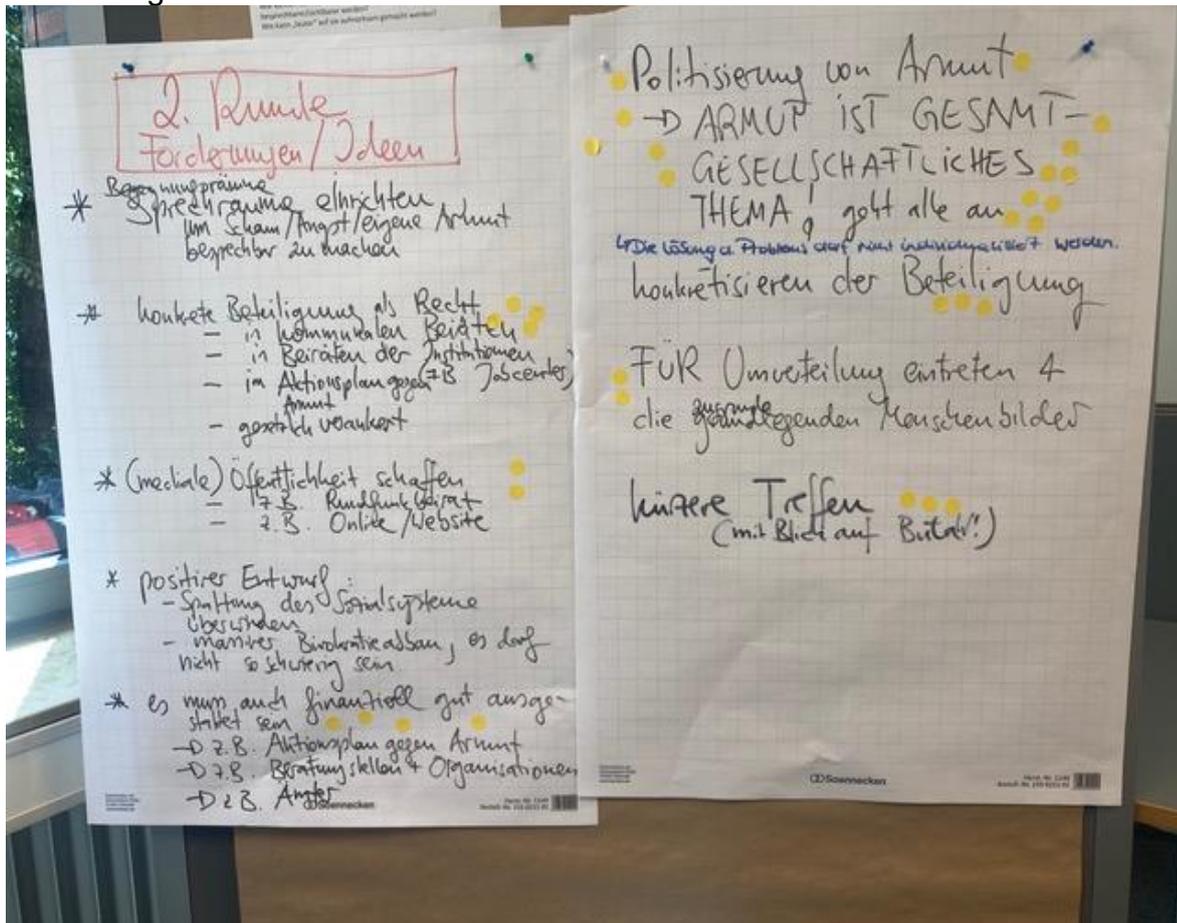
In der zweiten Runde ging es um die Frage: „**Welche Forderungen haben wir zur Stärkung von politischer Beteiligung?**“

Das Foto zur Diskussion muss von rechts nach links gelesen werden. Auf dem rechten Plakat stehen die grundlegenden Überlegungen, die wir erarbeitet haben. Es geht um:

- Politisierung statt Individualisierung von Armut
- Konkretisierung von Beteiligung – Beteiligung als Recht
- Für Umverteilung eintreten und die zugrunde liegenden Menschenbilder bekämpfen, die arme Menschen abwerten

Danach folgen dann die konkreteren 5 Dimensionen auf der linken Seite, die auch Antworten geben auf die Diagnosen aus der 1. Runde.

Die Forderungen nach häufigeren Treffen des Treffens von Menschen mit Armutserfahrungen kann auch unter! „Worte und Wissen finden, Begegnungsräume schaffen“ gefasst werden.



4. Wohnen und Diskriminierung am Wohnungsmarkt – Ideen gegen Wohnungsnot (Moderation: Ilse Kramer und Arnd Liesendahl)

Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt ist ein ernstes Problem, das nicht unbeachtet bleiben sollte. Jeder Mensch hat das Recht auf eine angemessene und diskriminierungsfreie Wohnungssuche. Es ist inakzeptabel, dass Menschen aufgrund von Geschlecht, Herkunft, sexueller Orientierung oder anderen persönlichen Merkmalen benachteiligt werden.

Es ist von großer Bedeutung, dass wir als Gesellschaft gemeinsam gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt vorgehen. Vermieter sollten ihre Auswahlkriterien transparent gestalten und diskriminierende Praktiken vermeiden. Regierungen sollten Gesetze erlassen und durchsetzen, die Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt untersagen und Betroffenen rechtlichen Schutz gewähren.

Es liegt in unserer Verantwortung sicherzustellen, dass jeder Mensch gerecht und gleichbehandelt wird, wenn es um die Wohnungssuche geht. Nur so können wir eine gerechtere und inklusivere Gesellschaft schaffen.

Ideen gegen Wohnungsnot?

Die Wohnungsnot ist ein drängendes Problem, dem wir mit verschiedenen Ideen entgegentreten können. Eine Möglichkeit wäre die Förderung des sozialen Wohnungsbaus, um bezahlbaren Wohnraum für einkommensschwache Familien und Einzelpersonen zu schaffen. Zudem könnten wir Anreize für private Investoren schaffen, um den Bau von Mietwohnungen zu erleichtern.

Ein weiterer Ansatz wäre die Umnutzung von leerstehenden Gebäuden oder Brachflächen zu Wohnraum. Eine weitere wichtige Maßnahme ist, einen gewissen Prozentsatz an Wohnungen für Obdachlose Menschen sofort zu vermieten, die aus der Obdachlosigkeit kommen. Durch eine gezielte Förderung und Unterstützung könnten diese Potenziale genutzt werden, um das Angebot an Wohnungen zu erhöhen.

Des Weiteren sollten wir uns verstärkt für die Schaffung von gemeinnützigen Wohnprojekten einsetzen, in denen Menschen gemeinschaftlich zusammenleben und sich gegenseitig unterstützen können. Diese Modelle haben sich bereits vielerorts bewährt und könnten dazu beitragen, die Wohnungsnot langfristig zu bekämpfen.

Insgesamt braucht es einen ganzheitlichen Ansatz, der auf verschiedenen Ebenen ansetzt, um das Problem der Wohnungsnot effektiv zu lösen. Nur durch eine Kombination aus sozialem Wohnungsbau, Umnutzung von Leerstand und Förderung von gemeinnützigen Projekten können wir langfristig für mehr bezahlbaren Wohnraum sorgen.

Schnellstmögliche Umsetzung der Ideen gegen Wohnungsnot!

Um die Wohnungsnot schnellstmöglich zu bekämpfen, müssen wir mehrere Maßnahmen ergreifen. Zunächst sollten wir den sozialen Wohnungsbau massiv ausbauen, um bezahlbaren Wohnraum für einkommensschwache Familien und Einzelpersonen zu schaffen. Des Weiteren sollten wir Anreize für private Investoren schaffen, um den Bau von Mietwohnungen zu fördern. Außerdem ist es wichtig, Leerstände zu reduzieren und vorhandenen Wohnraum effizienter zu nutzen. Weitere Lösungen könnten sein:

- Zwischenbebauung, z.B. Flachdachbebauung, Garage
- Angebote schaffen von Tauschwohnungen (Alt für Jung),
- Schaffung von barrierefreien Wohnungen

Darüber hinaus sollten wir auch alternative Wohnformen wie Tiny Houses, Co-Living Spaces oder modulare Wohnungen fördern, um schnell und kostengünstig zusätzlichen Wohnraum zu schaffen. Es ist wichtig, dass die Politik hierbei aktiv unterstützt und regulierend eingreift, um eine gerechte Verteilung von Wohnraum sicherzustellen.

Insgesamt erfordert die Bekämpfung der Wohnungsnot ein ganzheitliches Konzept, das auf verschiedenen Ebenen ansetzt und sowohl kurzfristige als auch langfristige Lösungen bietet. Das Konzept zur Wohnraumsicherung ist von entscheidender Bedeutung, um die Öffentlichkeit für dieses wichtige Thema zu sensibilisieren und umfassend zu informieren. Ein Beispiel dafür ist die Wohnraumsicherung in NRW, die als Vorbild für andere Regionen dienen kann. Es ist wichtig, frühzeitig Hilfe in Anspruch zu nehmen, um drohenden Wohnraumverlust zu vermeiden. Durch eine gezielte Aufklärung und Unterstützung können wir gemeinsam dazu beitragen, dass jeder ein sicheres Zuhause hat. Nur durch eine konzertierte Aktion aller Beteiligten können wir das Problem der Wohnungsnot effektiv lösen und dafür sorgen, dass alle Menschen ein sicheres und bezahlbares Zuhause haben.

Die Schaffung und der Erhalt von bezahlbarem Wohnraum gelten sowohl für die Städte als auch für den ländlichen Raum.

5. Im „Ping-Pong-Spiel“ der Verwaltungen – was muss im Zusammenspiel der Verwaltungen verändert werden?

(Moderation: Gaby John, Manfred Herrmann und Andreas Sellner)

Zu Beginn wurde darüber gesprochen, wie Menschen, die Leistungen in Anspruch nehmen, genannt werden sollen. Denn bei den Kundinnen und Kunden des Jobcenters geht es nicht um ein Shoppen im Kundenzentrum-Jobcenter shoppen, sondern um Menschen die Ansprüche geltend machen können. Ihnen stehen gesetzliche Leistungen zu, die sich aus Rechtsansprüchen ableiten und die zu realisieren sind. Dies geschieht durch Beantragung, Vorsprache und persönliche Beratung. Deshalb sollten Menschen, die Ansprüche auf Leistungen haben, so genannt werden, wie es im Sozialgesetzbuch steht. Sie sind keine Hilfeempfänger*innen oder Kund*innen, sondern Leistungsberechtigte.

Um präventiv das „Ping-Pong-Spiel“ zu vermeiden, ist es notwendig, sich gut auf die persönlichen Gespräche mit den Mitarbeitenden im Jobcenter vorzubereiten. Neben dem SGB II-Rechner „Das steht dir zu“ bietet hier die Sozialplattform NRW eine gute Bündelung von Informationen. Über die Sozialplattform wird auch die Möglichkeit geboten, das richtige Amt zu finden sowie Rechtsansprüche geltend zu machen.

Die Sozialplattform könnte noch durch andere Leistungen wie das Kindergeld, Elterngeld usw. erweitert werden und ermöglicht werden, dass das System, den Antrag an die richtige Stelle weiterleitet, dann würde das Ping-Pong beendet werden können. Nicht die Menschen laufen von Amt zu Amt, sondern das Tool ordnet zu und das Amt muss bearbeiten.

Freie Wohlfahrtspflege NRW

Wer den digitalen Weg nicht nutzen kann, muss eine analoge Möglichkeit erhalten, die Ansprüche geltend zu machen. Und auch hier gilt: das Amt leitet weiter und klärt die Ansprüche und nicht der Leistungsberechtigte. Dieser kann nichts dafür, dass die Gesetze nicht eine Leistung aus einer Hand vorsehen.

Wichtig ist es bei Schwierigkeiten zu überlegen, ob eine Begleitung zu den Ämtern sinnvoll ist. Beratungsstellen oder auch Freunde und Bekannte können wichtige Unterstützer sein.

Weiterhin wurde in diesem Pingpongspiel auch der Leerstand von Wohnungen beklagt. Hier wurde nochmal auf den „Leerstandmelder“ (gilt bundesweit) hingewiesen, den man nach einer Registrierung nutzen kann. Mit den Kommunen sollte dann über Möglichkeiten des Zugriffs auf solche leerstehenden Wohnungen nachgedacht werden. Wohnungsämter und andere zuständige Ämter sind verpflichtet, den Leerstand zu beheben, wenn in der Kommune Wohnungsnot besteht. Kommunen können die Möglichkeit der Zwangseinweisung oder ordnungsbehördlichen Einweisung in eine solche Wohnung nutzen.

Die Nutzung der Wohnraumakquise über die Landesinitiative „Endlich ein Zuhause“ ist ebenfalls geeignet durch die Herstellung eines Kontaktes zwischen Vermietern und Wohnungsinteressierten und einer Behörde zu einer Wohnung zu kommen. Gemeinsam ließ sie sich so, das Recht auf Wohnen, einmal mehr einlösen.

Von Seiten des Jobcentervertreter wird zur Unterbindung des Ping-Pong-Spiels vorgeschlagen, einen Lotsen (hochqualifiziert und informiert) einzusetzen, der dafür Sorge trägt, dass keine/r weggeschickt wird, sondern direkt den richtigen und auch endgültigen Gesprächspartner erreicht. Nichts ersetzt die persönliche Vorsprache und eine gute Klärung der Fragen und Probleme. Nur so kann diesem ganzen Zuständigkeitswirrwarr entgegengewirkt werden.

Beispiel Projekt „Burscheider Büdchen“: Im Quartier oder Veedel bietet das Jobcenter in Ladenlokalen, Kiosken oder anderen Einrichtungen stundenweise offene Sprechstunden an. Niedrigschwellig können so Jobcentermitarbeiter*innen mit eventuellen Leistungsberechtigten in Kontakt treten und entsprechende Unterstützungsmöglichkeiten eruieren.

Immer wieder wird auf den Datenschutz hingewiesen, der es nicht erlauben würde, weiterzuhelfen. Hier gilt es Vereinbarungen zu treffen oder Einwilligungserklärungen abzugeben, die Datenschutzkonform sind. Datenschutzbeauftragte können hier unterstützen, damit ein Leistungsanspruch schnell realisiert werden kann.

6. Zum ersten Mal hier?

(Moderation: Michaela Hofmann)

Die Teilnehmenden dieser Arbeitsgruppe fanden schnell zum Thema Sichtbarkeit von Armut und diskutierten darüber, dass die Armut von Menschen, die auf der Straße leben, doch sehr sichtbar ist und dennoch zu wenig passiert. Die Armut hat offensichtlich zugenommen und es ist schwierig als einzelner Mensch mit der Not umzugehen.

Die Armut ist sichtbar, aber wird nicht ernst genommen, nicht in der Bearbeitung und Bekämpfung priorisiert, sie wird individualisiert. Das führt dazu (und das ist ein interessanter Gedanke), dass über Armut hinweggesehen und sie wieder unsichtbar wird.

Um lauter zu werden, Armut sichtbar zu machen, wurden Überlegungen angestellt, wie Politik bewegt werden kann, anders zu denken. Die Frage, wie wir Politiker*innen erreichen können, wurde damit beantwortet, dass es gut wäre, einmal Briefe an die Abgeordneten zu schreiben und regelmäßige Dialoggespräche einzufordern.

Die folgenden Fragen wurden gesammelt und es wurde darum gebeten, dass sich die Arbeitsgruppe, die das nächste Treffen vorbereitet, überlegt, wie Briefe aussehen und Dialoggespräche stattfinden können.

Was ich gerne Politiker*innen fragen würde!

(Arbeitsgruppe des 7. Treffens von Menschen mit Armutserfahrung)

Haben Sie genug zu essen?

Schlafen Sie gut?

Beschäftigt Sie das Thema Armut überhaupt? Nehmen Sie es wahr und wenn ja, wie?

Waren Sie schon einmal von Armut betroffen? Erinnern Sie sich daran oder wollen Sie es vergessen?

Wenn Sie nicht davon betroffen waren oder sind? Warum nicht?

Warum wird über die Erhöhung von Sozialleistungen lange debattiert und jedes Mal abwertend über die Berechtigten gesprochen, aber nicht über die Erhöhung der Diäten? Wann stellen Sie Transparenz über die Diäten her?

Haben Sie Interesse einmal den Alltag von Menschen mit Armutserfahrung zu begleiten? Wenn ja, wann kommen Sie vorbei? Wenn nein, warum nicht?

Welche Qualifikation haben Sie, um kompetent über den sozialen Bereich entscheiden zu können?

Wie viel Geld braucht man für Lebensmittel, Wohnen, Mobilität, Energie, Teilhabe und setzen Sie das mal mit dem Regelsatz in Bezug? Was fällt Ihnen auf?

Wie viel Geld haben Sie jeden Monat für sich zur Verfügung? Denken Sie darüber nach, was überflüssig ist, was Sie sich kaufen?

Warum, glauben Sie, gibt es Armut?

Kennen Sie Menschen, die von Armut betroffen sind? Wenn ja, was denken Sie über diese? Wie gehen Sie mit diesen um?

Was würden Sie tun, wenn Sie arbeitslos werden, schwer erkranken oder die Wohnungslosigkeit droht?

Glauben Sie, dass der Staat genug Hilfe bietet und wenn ja warum?

Was tun Sie dazu, damit Armut verhindert wird?

Freie Wohlfahrtspflege NRW

Warum gibt es die Unterschiede zwischen Pension und Rente und weshalb wird nicht für eine Annäherung dieser gesorgt? Sind Rentner Menschen zweiter Klasse?

Wie sorgen Sie dafür, dass sichtbare Armut bekämpft, unsichtbare gesehen und dann auch bekämpft werden kann?

Welche Lösungen sehen Sie, um Armut zu verhindern?

Sind Sie bereit regelmäßige Gespräche mit Menschen zu führen, die Armutserfahrung haben?

Plenum und Abschluss

Jule Wenzel (Landtagsabgeordnete und Mitglied im Ausschuss Arbeit, Gesundheit und Soziales für die Grünen) und Kathrin Melchert (Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales) griffen die Fragen und Anregungen aus der Runde hinsichtlich der Probleme mit den Jobcentern auf und stehen für Anfragen zur Verfügung. Katrin Melchert verwies auch auf den Brief des Ministers, in dem er auf die Inanspruchnahme des Kundenreaktionsmanagements und von Ombudsstellen hinweist. Darüber hinaus soll ein Gespräch mit der zuständigen Fachabteilung des Ministeriums zu den Schwierigkeiten mit den Jobcentern stattfinden.

Bzgl. der Abwertung durch Sprache auch in der Politik zeigte Jule Wenzel eine klare Haltung und versicherte ihre Mitwirkung, dagegen vorzugehen.

Im nächsten Jahr wollen wir weiter lauter werden, Armut sichtbarer machen und zu mehr Wissen über Kundenbeiräte, Ombudsstellen und das Kundenreaktionsmanagement beitragen und ganz wichtig, den Dialog zwischen Politiker*innen, Vertretungen der Ämter, der Wissenschaft und den Expert*innen in eigener Sache fördern.

Ein ganz herzlicher Dank an Jule Wenzel, Kathrin Melchert, Sabine Mendez (Jobcenter Köln – Vorstellung des Kundenbeirates), Petra Fendel (Ombudsfrau im Jobcenter Bonn) und Horst Manderfeld (Bereichsleiter Jobcenter RheinBerg) für ihr Kommen und Mitwirkung und all den anderen, die mit dafür gesorgt haben, dass Gespräche im Miteinander geführt und viele Ideen und Vorschläge gesammelt werden konnten.

Eine Pressemitteilung ist über <https://www.freiewohlfahrtspflege-nrw.de/presse/detail/fuer-armut-fehlen-die-richtigen-worte> abzurufen.

Michaela Hofmann
Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege des Landes NRW
AA Armut und Sozialberichterstattung
Michaela.hofmann@caritasnet.de